

INTERHELPO

Zeitschrift der

Basisgewerkschaft
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union
Lokalföderation Münsterland

Ausgabe #32/ Winter 2011/ 2012

Themenschwerpunkt

*Prekäre Beschäftigung und
Möglichkeiten der Gegenwehr*

INHALT

03

EDITORIAL

04

SCHICHT IM SPÄTKAUF

07

SELBSTSTÄNDIG STATT HARTZ IV?

08

GENERATION PRAKTIKUM

10

ILO MAHNT BUNDESREGIERUNG:
GEWERKSCHAFTSRECHTE GARANTIEREN

12

LEIHARBEIT: NEUE TRICKS UND MÖGLICHKEITEN ZUR
GEGENWEHR

14

REZENSION: GLEICHE ARBEIT – GLEICHES GELD

16

M31 - AUFRUF ZUM INTERNATIONALEM AKTIONSTAG

17

SYNDIKAT? SYNDIKALISMUS? ANARCHOSYNDIKALISMUS?

18

KURZE SELBSTDARSTELLUNG

EDITORIAL

Einladung zur Gegenwehr

Wir haben diese kleine Zeitschrift anlässlich der Film- und Vortragsreihe „Prekäre Lebenswelten“ im schnuckeligen Programmkinema zusammengestellt.

Das Aufkommen von „Prekarität“ als Begriff für einen verbreiteten Zustand der Unsicherheit der individuellen Verankerung in der Gesellschaft ist nicht zuletzt mit der Tatsache verbunden, dass Arbeitsverhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten immer unsicherer geworden sind, aber auch soziale Absicherung verstärkt mit einem Zwang zur Arbeit versehen ist. Also muss man nehmen was kommt, ist die Botschaft, ob es Leiharbeit, Minijobs, Minilöhne, Praktika, „Maßnahmen“ oder Selbständigkeit ohne soziale Absicherung am Rande des Existenzminimums sei.

Das führt ohne Zweifel auch zu einer Erosion und Erschwerung kollektiver Gegenwehr gegen die individualisierten Zumutungen der kapitalistischen Arbeitswelt. Denn wie streikt man z.B. als Ein-Personen-Nachtschicht oder Solo-Subunternehmer? Ein Problem nicht nur für Gewerkschaften, sondern schließlich auch für das Gesundheitswesen, die Sicherheit der Altersversorgung, die sozialen Bindungen im Allgemeinen.

Dieses Heft soll auch zur Gegenwehr ermutigen, in dem es aufzeigt, dass auch unter „prekären“ Bedingungen Erfolge möglich sind und dass eine kollektive Organisation in einer kämpferischen Gewerkschaft die Basis sein kann sich gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse zur Wehr zu setzen.

In diesem Sinne,
Viel Spaß beim Lesen,

FAU Münsterland

SCHICHT IM SPÄTKAUF

Lohnkampf in Friedrichshainer Spätverkauf erfolgreich beendet



Vergangene Woche endete der Arbeitskampf im Friedrichshainer Spätverkauf „Mumbai Corner“ mit einer Einigung. Demnach zieht der Ladeninhaber alle anwaltlichen und juristischen Schritte gegen den betroffenen Kollegen und Dritte zurück, händigt dem Kollegen einen Arbeitsnachweis aus und zahlt ihm eine Abfindung von mehreren tausend Euro.

Einigung nach viel Streit

Der Kollege hatte mehrere Jahre in dem Spätverkauf gearbeitet und nach dem Zerwürfnis mit seinem Chef rückwirkend Lohn eingefordert. Schließlich hatte er dort auf Mini-Job-Basis (120 Euro monatlich) bis zu 60 Stunden in der Woche gearbeitet. Zusammen mit seiner Gewerkschaft FAU Berlin hatte sich der Kollege entschieden, den Fall juristisch klären zu lassen und mit öffentlichem Druck zu begleiten. Der Ladeninhaber reagierte ungehalten und ging anwaltlich und juristisch gegen den Kollegen vor. Auch die Internet-Portale Trend-Infopartisan und Labournet wurden dabei verwickelt. Gegen Trend versuchte der Ladeninhaber gar eine Einstweilige Verfügung wegen eines Berichts zu erwirken.

Dass die Internet-Portale nicht zurückgewichen sind und der Ladeninhaber vor Gericht gegen Trend scheiterte, dürfte dem Inhaber nochmals deutlich gemacht haben, dass seine Position nicht haltbar ist. In der Zwischenzeit hatte die FAU Berlin, unterstützt von Stadtteilmobilen und der Stadtteilgruppe InterKomms, aber auch der ASJ Berlin, Druck auf den La-

deninhaber aufgebaut. Mit zahlreichen Informationsveranstaltungen, zwei Kundgebungen und der Verbreitung von Informationen im Kiez wurde umfassend über den Fall informiert. Dieser wurde zu einem kleinen Politikum, so dass Ladenbesitzer vor Gericht über Umsatzeinbußen von 50 Prozent klagte.

Mitte Dezember, nachdem der Ladeninhaber weiter unter Druck geraten war, u.a. wegen der juristischen Niederlage gegen Trend, gab dieser letztlich seine Verweigerungshaltung auf, so dass sich eine Einigung abzeichnete. Diese konnte letztlich am Tag des Gerichtstermins erreicht werden, zur Zufriedenstellung des Kollegen. Ein Richterspruch war nicht notwendig. Jetzt ist auf die Einhaltung zu achten.

Ein kleines Resümee

Die FAU Berlin zieht eine positive Bilanz. Der Lohnkampf ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie widrig, aber auch wie wichtig es ist, sich in prekären Ökonomien gegen die eigene Ausbeutung zu wehren. Die Gründe, warum sich dort kaum jemand (erfolgreich) wehrt, wurden im Laufe des Konflikts mehrfach benannt. Dabei gibt es durchaus Möglichkeiten, zu seinem Recht zu kommen, unter anderem auf juristischem Wege. Mit einer Gewerkschaft im Rücken ist dieser Weg nicht nur leichter zu gehen, diese kann auch öffentlichen Druck und Solidarität herstellen. Auch die Rolle linker Medien, die dazu beitragen können, die Gegenseite zumindest zu beunruhigen, darf nicht unterschätzt werden.

Dabei sind die Möglichkeiten, wie in solch individualisierten Konflikten in prekären Klitschen agiert werden kann, gewiss nicht ausgeschöpft worden. Im Vordergrund stand bei diesem Fall, von dem Kollegen Schaden abzuwehren und eine für ihn akzeptable Lösung zu erzielen. Darüber hinaus sollte der Fall aus seiner Isolierung geholt und in den breiteren Zusammenhang gestellt werden. Er sollte nachhaltige Spuren hinterlassen und etwa zu ähnlichem Widerstand animieren. Ob dies gelungen ist, wird sich noch zeigen. Auf den Erfahrungen des Lohnkampfes lässt sich zumindest aufbauen, um zukünftig in ähnlichen Fällen effektiver zu Lösungen zu kommen und die Organisationsansätze, etwa im Stadtteil, weiterzuentwickeln.

Die Möglichkeiten der Kämpfe in solch prekären Bereichen scheinen oft begrenzt. Vereinzelt und Einschüchterung überwiegen. Wer sich wehrt, hat allein nur geringe Druckpotentiale: ein Streik läuft schlichtweg ins Leere. Zudem stehen auch die Ladeninhaber häufig finanziell mit dem Rücken an der Wand und dürften nicht gerade verhandlungsbereit sein. Sich hier des Instruments der Gerichte zu bedienen, dürfte vorerst kaum zu vermeiden sein, wenn eine einigermaßen schnelle und sichere Lösung her soll. Doch es zeichnet sich allmählich ab, wie auch gewerkschaftlich in diesen höchst prekären und individualisierten Fällen Druck erzeugt werden kann.

Diese Ansätze sind zweifellos mühselig und mobilisierungsintensiv. Sie setzen aber in Bereichen an, die gewerkschaftlich verloren gegeben wur-

den und wo die Löhne ins Bodenlose fallen. Hier gilt es, als klassenkämpferische Gewerkschaft die Mühen nicht zu scheuen. Eine breitere Organisation eröffnet dabei die Möglichkeit, nicht immer improvisieren zu müssen und die anzuwendenden Taktiken in solchen Konflikten weiterentwickeln zu können. Ein solcher Raum von (erfolgreichen) Erfahrungen kann letztlich auch dafür sorgen, dass Betroffene eher den Konflikt wagen.

FAU Berlin

Quelle und Presseschau:
http://www.fau.org/artikel/art_111229-121044



SELBSTSTÄNDIG STATT HARTZ IV?

Jugendliche ohne Ausbildung haben es schwerer als andere, dem System Hartz IV zu entkommen. Der Grund ist die Versicherung.

Solange sie Hartz IV beziehen, bezahlt das Jobcenter diesen Jugendlichen die Krankenkassenbeiträge. Wenn sie ein reguläres Beschäftigungsverhältnis finden, ist dafür der Arbeitgeber zuständig.

Doch Jugendliche ohne Ausbildung finden selten einen sozialversicherungspflichtigen Job. Sie dürfen/müssen sich in Minijobs für wenige hundert Euro verdingen und ihre Versicherung selbst zahlen, wenn sie nicht mehr von Alg2 abhängig sein wollen.

Die Alternative ist noch viel illusorischer: Man kann sich selbstständig machen. Hier gibt es sogar zwei Probleme: Erstens werfen die Berufe, die man als Ungelernter selbstständig ausüben darf, zum Beispiel Künstler, Journalist, Putzmann, Schauspiellehrerin oder Berater, beklagenswert wenig ab. Zweitens ist die Versicherung für Kleinunternehmer geradezu absurd teuer: Statt zirka 180 Euro, die man als Angestellter der untersten Lohngruppe zahlt, muss man sich als Selbstständiger um die 400 Euro abknapsen. Es besteht also ein struktureller Anreiz/

Zwang, weiterhin Hartz IV zu beziehen, um über die Bundesagentur für Arbeit bzw. über das Jobcenter versichert zu sein.

Sicherlich ist es wichtig, im Krankheitsfall finanziell abgesichert zu sein und ärztliche Versorgung zu erhalten. Auf der anderen Seite ist das Versicherungssystem, so wie es jetzt ist, eine Fessel, die Menschen an die Lohnarbeit bzw. an repressive staatliche Versorgungssysteme kettet und von selbstbestimmter Arbeit abhält. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber, wie künftig eine Gesundheitsversorgung möglich ist, die Menschen nicht in die Abhängigkeit zwingt.

Jo

GENERATION PRAKTIKUM

Wenn prekäre Beschäftigungsverhältnisse zur Normalität werden und ganze Generationen um ihren Lohn betrogen werden

Praktika dienen schon längst nicht mehr dazu, Erfahrungen in einem Beruf zu sammeln, sondern entsprechen oftmals regulären Tätigkeiten – nur eben ohne die gebührende Entlohnung.

Bei einem Praktikum bleibt es im besten Fall, die meisten Betroffenen absolvieren mehrere Praktika, bis ihnen irgendwann eine feste Anstellung angeboten wird. Immer diese Aussicht vor Augen, nehmen viele eine extrem niedrige Bezahlung hin, die eher ein symbolisches Gehalt darstellt. Da ist es nicht weit dahin, dass in Praktika gar nichts bezahlt wird – ein ebenso um sich greifendes Phänomen.

Von dieser Form der (fast) unbezahlten Arbeit sind oft AkademikerInnen betroffen, die nach ihrem Studium eine Anstellung suchen. Für viele Unternehmer stellen sie gut ausgebildete, aber dennoch kostenlose oder billige Arbeitskräfte dar. Gerade weil es sich um hoch qualifizierte – und nicht „irgendwelche“ – ArbeiterInnen handelt, werden unbezahlte Praktika inzwischen teilweise als Problem wahrgenommen. Zuletzt machte der Begriff „Generation Praktikum“ in diesem Zusammenhang die Runde.

Fakten, Fakten, Fakten

Um einen kurzen Überblick über die Prekarität und den sozialen und psychischen Druck von lohnabhängigen Studierenden zu erhalten, haben wir eine Studie ausgewählt, die an der RWTH Aachen, TU Berlin und der Uni Dortmund durchgeführt wurde, und exemplarisch hier aufgenommen. Der Fokus liegt hierbei auf der Situation von Studierenden innerhalb der Praxissemester und der AbsolventInnen-Praktika in den Ingenieurwissenschaften.

Neben dem Studium arbeiten bundesweit 70% der Studierenden (ob von der Uni oder der FH macht hier keinen Unterschied). In Berlin zum Beispiel müssen 140.000 von insgesamt 200.000 Studierenden jobben, um (einen Teil) ihres Lebensunterhalts zu bestreiten. (Der Umfang des Jobbens ist dabei nicht berücksichtigt).

Der Trend, neben dem Studium jobben zu müssen, stieg in den letzten Jahren immens an. Jedoch muss auch erwähnt werden, dass von der Gesamtzahl der JobberInnen 73% fachbezogen arbeiten und darin eine

Tätigkeit sehen, um auch Erfahrungen für die spätere Berufspraxis zu sammeln. Generell aber sind Studierende sehr stark an Hiwi-Arbeitsplätzen eingesetzt.

In der Studie hat die Hälfte der Befragten angegeben, dass sich Studiengebühren negativ auf ihr Studium auswirken. Die meisten wollen daher ihr Studium schneller beenden oder mehr jobben, um die finanziellen Belastungen zu meistern. An der TU Berlin müssen dieser Umfrage zufolge 64% der Studierenden mehr jobben, um sich ihr Studium überhaupt leisten zu können (Vergleich Dortmund 33%, Aachen 38%).

In AbsolventInnenpraktika klagen 53% über Ausbeutung, weil sie reguläre Tätigkeiten ausgeübt haben; 40% erhielten keinen Lohn trotz Vollarbeit (kein Lebensunterhalt gewährleistet), 36% mussten Überstunden leisten, 33% litten unter Arbeitsdruck. Der Zweck des Praktikums hat selten berufliche Orientierung. Charakteristisch dafür sind:

- nach zwei Jahren hatten 56% der oben befragten den Berufseinstieg noch nicht geschafft;
- Praktikumsschleifen erhöhen die Gefahr steigender Abhängigkeit von staatlichen, meist aber familiären Einkommensquellen;
- enorme psychische Belastung;
- 56% leben u.a. von finanzieller Unterstützung der Eltern;

- fehlende Planbarkeit der beruflichen und familiären Zukunft

Dass sich die Studierenden innerhalb des Praktikums gegen Ausbeutung zur Wehr setzen, ist praktisch nicht gegeben. Das liegt u.a. daran, dass 40% jedes Jahrgangs nicht mehr durch traditionelle duale Ausbildungsverhältnisse in den Beruf eintreten, sondern über ein Hochschulstudium. Bei den traditionellen Werdegängen war der Kontakt zu Interessensvertretungen wie Betriebsrat, Jugendvertretungen und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten deutlich besser. Diese konnten dann angesprochen und Probleme behoben werden, wenn jedoch die Gremien den Abhängig Beschäftigten nicht bekannt sind, stehen diese mit ihren Problemen alleine da. Gleichzeitig wirken sie als Faktoren der Prekarisierung, weil sie so viele Herabsetzungen der Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen (müssen).

Es wird diese Praxis so lange geben, so lange wir diese Praxis als notwendige Normalität betrachten. Statt uns weiter von unbezahlter Stelle zu unbezahlter Stelle schleppen zu müssen sollten wir uns kollektiv dagegen wehren und diese Praxis unmöglich machen!

Aus der FAU Kampagne gegen unbezahlte Arbeit „Keine Arbeit ohne Lohn“

Mehr Informationen online:
<http://www.fau.org/static/keine-arbeit-ohne-lohn/>

ILO MAHNT BUNDESREGIERUNG: GEWERKSCHAFTSRECHTE GARANTIEREN

Nach einer Beschwerde der FAU Berlin bestärkt die UN- Arbeitsorganisation ILO die Rechte von Minderheitsgewerkschaften.



In ihrem Bericht vom November 2011 fordert die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) die Interessen ihrer Mitglieder gemäß der Konventionen 87 und 98 vertreten könne.

Das Komitee für Vereinigungsfreiheit der UNO-Organisation benennt für die FAU Berlin insbesondere das Recht der freien Meinungsäußerung, das Zutrittsrecht zu sämtlichen Betrieben, in denen sie Mitglieder hat, und das Recht auf Teilnahme an Betriebsratssitzungen, sofern sie auf betrieblicher Ebene repräsentativ ist.

Zur Wahrung der Interessen von sog. Minderheitsgewerkschaften wurde die Bundesregierung darüberhinaus aufgefordert, die ILO umgehend zu informieren, sollte die Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit wieder aufgegriffen werden – die Regierung hatte der UN-Organisation mitgeteilt und damit erstmals schriftlich bestätigt, dass das umstrittene Vorhaben eingestellt ist. Die ILO reagierte damit auf eine Beschwerde der FAU vom April 2010 (Fall Nr. 2805; FAU gegen Bundesregierung auf Einhaltung der ILO-Konventionen 87 und 98). Die Beschwerde war eine Reaktion auf zwei Urteile des Landesarbeitsgerichts und des Landgerichtes Berlin, in denen der Lokalorganisation der FAU im Zuge eines Arbeitskonflikts per einstweiliger Verfügung nicht nur sämtliche Arbeitskämpfmaßnahmen untersagt wurden, sondern gleichsam untersagt wurde, sich als Gewerkschaft

bzw. Basisgewerkschaft zu bezeichnen. Infolge der Urteile wurde die FAU Berlin nicht nur als mögliche Tarifpartei aus dem Betrieb gedrängt, sondern ihr wurde auch die Teilnahme an Betriebsratssitzungen und Betriebsversammlungen verwehrt. Seither sieht sich die FAU Berlin mit mehreren Hausverboten gegen Gewerkschaftsvertreter konfrontiert – sowohl im damaligen als auch in aktuellen Arbeitskonflikten. In zwei Fällen hatte dies sogar zu Anzeigen wegen angeblichen Hausfriedensbruchs geführt.

„Wir begrüßen ausdrücklich diese Entscheidung eines internationalen Gremiums wie der ILO. Sie stärkt nicht nur unsere Position in aktuellen Konflikten, sondern ebenso die Position all derer, die sich für die Etablierung kämpferischer Basisgewerkschaften in diesem Land einsetzen“, so Andreas Förster, Sekretär der FAU Berlin.

FAU Berlin

Quelle und Verweis auf Originaldokument der ILO: http://www.fau.org/artikel/art_111221-131253

LEIHARBEIT

Neue Tricks und Möglichkeiten zur Gegenwehr



Auch wenn das Bundeskabinett im Dezember einen immer noch viel zu niedrigen Mindestlohn für LeiharbeiterInnen beschlossen hat, sind LeiharbeiterInnen fortgesetzt Arbeitskräfte zweiter Klasse. Sie können jederzeit ihren Job verlieren, verdienen weniger Geld als die Stammbesellschaft und werden von dieser oft ausgegrenzt.

Viele Leiharbeiter haben nur einen Wunsch. Sie möchten vom Entleihbetrieb übernommen werden. Um das zu erreichen, sind sie bestrebt, sich übermäßig anzustrengen und anzupassen. Trotzdem schaffen nur rund neun Prozent den Sprung in die Stammbesellschaft.

Der Mehrheit bleibt der frustrierende Alltag der Leiharbeit: 30 bis 50 Prozent weniger Lohn, keine Zusatzleistungen, keine Möglichkeit, Routine zu entwickeln und neue Kompetenzen zu erwerben, keine Sicherheit bei Konflikten mit dem Arbeitgeber. Oft müssen Leiharbeiter in der entleihfreien Zeit auf ihr Geld verzichten, oder die Tage werden ihnen über Zeitkontenmodelle vom Urlaub abgezogen – ein eindeutig gesetzwidriges Vorgehen.

Leiharbeit ist komfortabel für Firmen: Sie können sich täglich mit Arbeitskräften eindecken und sie wieder abstoßen, wenn sie sie nicht mehr brauchen. Und gibt es unbequeme Vorschriften, die für Betriebe ab einer

bestimmten Mitarbeiterzahl gelten? Kein Problem, es gibt ja Leiharbeiter, die nicht in die Berechnung der Mitarbeiterzahl einfließen! So können die UnternehmerInnen Vorschriften und Verpflichtungen umgehen.

Die meisten herkömmlichen Gewerkschaften haben keine spezifische Form der Organisation und Interessenvertretung für prekär Beschäftigte entwickelt. Schlimmer: Viele herkömmliche Gewerkschaften haben mit Arbeitgeberverbänden Dumpinglohntarife für Leiharbeit abgeschlossen, die das gesetzlich vorgeschriebene „Equal Pay“ unterlaufen.

Was heißt das genau?

Die Gesetzeslage sieht vor, dass LeiharbeiterInnen spätestens nach sechs Wochen genau so viel verdienen müssen wie ihre KollegInnen in der Stammbesellschaft, es sei denn, der Arbeitgeber ist noch nicht tarifgebunden und vereinbart mit dem Arbeitnehmer die Bezugnahme auf einen Tarifvertrag. Solche Tarifverträge allerdings gestatten dann sehr wohl Dumpinglöhne – und sie wurden durch DGB-Gewerkschaften ermöglicht!

Doch auch die Stammbesellschaft leidet unter der Leiharbeit: Fest angestellte ArbeitnehmerInnen sehen am Beispiel ihrer KollegInnen aus der Leiharbeit täglich, dass sie ersetzbar sind, und tun alles, um nicht in die Leiharbeit abzurutschen.

Was tun?

LeiharbeiterInnen sollten sich gewerkschaftlich organisieren!

- Wer unter einem Tarifvertrag mit der „christlichen“ Tarifgemeinschaft Zeitarbeit (CGZP) gearbeitet hat, kann möglicherweise Lohn nachfordern, da die Tarifverträge unwirksam waren

- Auch wegen missbräuchlichem Umgang mit Zeitkonten haben ArbeiterInnen schon erfolgreich Lohn nachgefordert! Infos zu diesen Themen bieten Leiharbeitsselbsthilfeinitiativen wie die ALAID in Düsseldorf

Teilt uns Informationen über Leiharbeitsfirmen, insbesondere schlechte Erfahrungen in Münster mit!

Noch nie was mit Leiharbeit zu tun gehabt?

Denkste! Fragt doch mal rum: Ist das Reinigungspersonal in deinem Betrieb fest angestellt? Mit welchem Callcenter arbeitet Dein Handyanbieter zusammen, und unter welchen Bedingungen arbeiten die Menschen dort? Leiharbeit ist inzwischen fast überall.

FAU Münsterland

GLEICHE ARBEIT – GLEICHES GELD

Ein neues Buch präsentiert verschiedene Argumente gegen Leiharbeit und blickt auch auf die Protestgeschichte gegen die moderne »Sklaverei«.

Andreas Förster
Holger Marcks (Hg.)

Knecht zweier Herren

Zur Abschaffung der
Leiharbeit

unrast transparent
soziale krise



Wenn so viel über das deutsche Jobwunder geredet wird, darf nicht vergessen werden, dass es zum großen Teil auf dem Boomsektor Leiharbeit beruht. »Gerade in den weltmarktorientierten Unternehmen der Elektroindustrie wurden Leiharbeitskräfte zunehmend dauerhaft und auch in den Kernbereichen der Produktion eingesetzt«, heißt es in einer Studie der gewerkschaftlichen Otto-Brenner-Stiftung.

Die beiden Berliner Journalisten Andreas Förster und Holger Marcks haben jetzt im Unrast-Verlag ein informatives Büchlein herausgegeben, das die kurze Geschichte der Leiharbeit in Deutschland nachzeichnet und schon im Untertitel aufklärt, dass es zu ihrer Abschaffung beitragen will. Was sich wie eine Utopie anhört, ist zumindest in Namibia umgesetzt worden. Dort hat der Oberste Gerichtshof nach anhaltenden Gewerkschaftsprotesten 2009 festgestellt, dass Leiharbeit mit Sklaverei gleichzusetzen und damit in dem südafrikanischen Land illegal ist. Ein solcher Gerichtsbeschluss ist in Deutschland nicht zu erwarten. Aber auch die Aberkennung der Tariffähigkeit der christlichen Gewerkschaften für Zeit- und Personalserviceagentu-

ren (CGZP) durch das Bundesarbeitsgericht hat im Dezember 2010 zumindest den schlimmsten Auswüchsen bei den Dumpinglöhnen Grenzen gesetzt. Die Leipziger Arbeitsrechtler Dirk Feiertag und Sosa Norena gehen in dem Buch auf die rechtlichen Folgen des Urteils ein.

Der Münsteraner Soziologe Torsten Bewernitz gibt einen kurzen Überblick über den Widerstand gegen die Leiharbeit. Er erwähnt Proteste gegen Leiharbeitsmessen und Jobbörsen, geht auf Leiharbeitsspaziergänge ein, bei denen bekannte Firmen aufgesucht wurden, und erinnert an den Streik bei einer Leiharbeitsfirma in Frankfurt am Main im Dezember 2005. Dass auch die Kampagne »Leiharbeit abschaffen« der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft Freie Arbeiter Union (FAU) in dem Buch erwähnt wird, verwundert nicht: Fünf der sechs Autoren sind FAU-Mitglieder.

Trotzdem bleibt ihre Kritik an der offiziellen Position des DGB sachlich präzise. So betonen mehrere Autoren, dass es innerhalb der DGB-Gewerkschaften Kritik an den Tarifverträgen gibt, die mit Leiharbeitsfirmen geschlossen wurden. »Ohne Tarifvertrag gilt für Lohnarbeiter der einfache wie einleuchtende Grundsatz Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Nichtstun wäre hier für seriöse Gewerkschaften die Devise gewesen, denn zum Vertragsabschluss gehören immer noch zwei«, formuliert Andreas Förster eine Kritik, die zunehmend auch in den DGB-Gewerkschaften zu hören ist. So hat das von der IG Metall initiierte

Netzwerk »ZeitarbeiterInnen – ohne Organisation machtlos« (ZOOM) die vage Parole »Leiharbeit fair gestalten« durch die Forderung »Gleiche Arbeit – gleiches Geld« ersetzt. Damit das kein Papiertiger bleibt, müssen die Gewerkschaften genau beobachten, wo sich Angriffsstellen im Leiharbeitssektor zeigen, schreiben die Herausgeber im Nachwort. Ihr Buch kann dabei eine wichtige Hilfe sein.

Peter Nowak

<http://peter-nowak-journalist.de/>

Das Buch:

Andreas Förster, Holger Marcks (Hg.), Knecht zweier Herren. Zur Abschaffung der Leiharbeit, Münster November 2011, ISBN: 978-3-89771-112-9, 78 Seiten, 7,80 Euro

M31

Linke Gruppen und libertäre Basisgewerkschaften rufen zu europaweitem Aktionstag auf

The logo for the M31 action day, featuring the lowercase letters 'm31' in a bold, sans-serif font.

europa-wide day of action against capitalism · 31.03.2012

Auf einem internationalen Treffen linker Gruppen und Basisgewerkschaften aus Griechenland, Deutschland, Spanien, Polen und Österreich Anfang Dezember in Frankfurt a. M. wurde beschlossen: Für den 31. März wird unter dem Motto „M31 – European Day of Action against Capitalism“ zu einem europaweiten Aktionstag gegen die autoritäre Krisenpolitik der Troika aus EU-Kommission, IWF und EZB aufgerufen.

Die antikapitalistischen Organisationen wollen damit ein deutliches Zeichen gegen den maßgeblich von Deutschland betriebenen Versuch unternehmen, die Wettbewerbsfähigkeit Europas auf dem kapitalistischen Weltmarkt auf dem Rücken von Lohnabhängigen und MigrantInnen zu sanieren. Mit dem international koordinierten Protest soll auch ein Zeichen gegen die nationalistische Stimmungsmache gegen die Lohnabhängigen in den südeuropäischen Ländern und

die militärische Abschottung der EU-Außengrenzen gesetzt werden. Dagegen setzen die Organisatorinnen und Organisatoren die Perspektive einer grenzübergreifenden Selbstorganisation der von der Sparpolitik und kapitalistischen Ausbeutung betroffenen Menschen.

Insgesamt soll der Aktionstag im Frühjahr den Auftakt für eine weitergehende, europaweite Kooperation linker Gruppen und Basisgewerkschaften mit massiven Protesten im ganzen Jahr 2012 darstellen. Insofern stellt der Aufruf zum Aktionstag auch eine explizite Aufforderung zur Beteiligung an weitere antiautoritäre Gewerkschaften, Gruppen und Organisationen dar. In ganz Europa werden verschiedene Aktionen stattfinden.

Bündnis M31

Mehr Informationen
<http://march31.net/de/>

Gemeinsame Anreise aus Münster!

SYNDIKAT? SYNDIKALISMUS? ANARCHO-SYNDIKALISMUS?

Eine kurze Begriffserklärung

Alle diese Begriffe hört man immer wieder im Zusammenhang mit der FAU. Aber was bedeuten sie und warum verwenden wir sie?

Syndikat kommt aus dem Französischen und bedeutet in diesem Zusammenhang nichts anderes als Gewerkschaft. Eine Gewerkschaft ist zunächst ein Zusammenschluss von Arbeitenden zum Zweck der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse durch gemeinsame Aktion. Syndikalismus ist die Idee einer basisdemokratischen, föderal und dezentral organisierten Gewerkschaftsbewegung. Im Anarchosyndikalismus ist diese Gewerkschaftsidee mit einem gesamtgesellschaftlichen Anspruch verbunden: einer Welt ohne Ausbeutung, Diskriminierung und Herrschaft.

Die Gewerkschaftsidee basiert auf der Erkenntnis, dass die Arbeitenden an sich eine enorme Macht haben, denn ihre Arbeitskraft produziert den Reichtum derer, die sie ausbeuten. Mit Arbeitenden sind hier nicht nur klassische „Malocher“ gemeint, sondern auch Angestellte, Selbständige und indirekt Lohnabhängige wie Arbeitslose u.a. Doch diese Macht existiert nur kollektiv. Durch eine effektive Organisation können wir sie nicht nur zur Verbes-

serung unserer konkreten Lebensbedingungen nutzen, sondern auch zur Selbstermächtigung für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen.

Eine gerechtere und freiere Gesellschaft fällt aber nicht vom Himmel, wir müssen sie „von unten“ entwickeln und erstreiten, wir müssen uns unserer Macht bewusst werden und lernen, sie zu nutzen, ohne dass ein Führungsapparat vorgibt, wo es lang zu gehen hat. Dazu organisieren wir uns in Gewerkschaften, die möglichst basisdemokratisch, herrschafts- und diskriminierungsfrei funktionieren. Denn die Mittel müssen zu den Zielen passen.

Thorsten

EINE KURZE SELBSTDARSTELLUNG

Die FAU (Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union) ist ein bundesweiter Zusammenschluss von unabhängigen Basisgewerkschaften. In unseren lokalen Syndikaten (franz. syndicat = Gewerkschaft), die es in fast jeder größeren Stadt gibt, sind sowohl direkt als auch indirekt Lohnabhängige, also Arbeiter_innen, Angestellte, Freiberufler_innen, Student_innen und Schüler_innen sowie Erwerbslose organisiert.

Mehr als nur Gewerkschaft

Wir treten einerseits für die Verbesserung unserer alltäglichen Arbeits- und Lebensbedingungen ein. Andererseits versuchen wir, durch die gemachten Erfahrungen und Diskussionen das Wissen, die Stärke, die Kompetenzen und Fähigkeiten zu entwickeln, den Kapitalismus zu überwinden und an seine Stelle ein selbstverwaltetes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zu setzen. Wir schaffen also schon heute Strukturen für übermorgen.

Selbstbestimmung statt Hierarchie

Wir fällen unsere Entscheidungen nach dem Konsensprinzip gemeinsam, unabhängig und lokal in unserem Syndikat. Angelegenheiten, die uns selbst betreffen, wollen wir auch selbst regeln. Wir lehnen Hierarchien ab und organisieren uns anders als andere Gewerkschaften basisdemokratisch. Es gibt bei uns weder bezahlte Vorstände noch Funktionäre.

Gemeinsam sind wir stark!

Alleine ist es schwer, sich gegen prekäre Arbeitsbedingungen wie nicht erhaltene Lohnzahlungen, Kündigungen, unbezahlte Überstunden, miese Chefs und was einem sonst so im Arbeitsalltag zugemutet wird, zu wehren. Auch auf Ämtern, in Studium oder Schule werden wir häufig Situationen ausgesetzt, in denen wir uns alleine nur schwer wehren können. Doch der Vereinzelung und Ellenbogenmentalität lässt sich etwas entgegenstellen: nämlich Solidarität und gegenseitige Hilfe. So unterstützen wir uns einander

in Konflikten und versuchen sie gemeinsam zu lösen. Dabei können wir natürlich auch auf die Unterstützung der anderen Syndikate zählen.

Kreativität und direkte Aktion

Als Mittel zur Durchsetzung unserer Forderungen dienen uns direkte Aktionen. Dazu gehören Öffentlichkeitsarbeit, Streiks, Boykottaufrufe und vieles mehr. Im Prinzip also Aktionen, die unsere Gegner_innen direkt unter Druck setzen und oft wesentlich wirkungsvoller sind als Umwege über Bürokratien, Rechtsanwälte und Gerichte zu gehen. Da bei uns niemand für die Gewerkschaftsarbeit bezahlt wird, steht und fällt der Erfolg mit dem Engagement der Mitglieder.

Reguläre Treffen

jeden 2. und 4. Dienstag im Monat ab 18 Uhr

Veranstaltungen

jeden 3. und 5. Dienstag im Monat ab 20 Uhr

In der Reihe FAU+ gibt's in loser Folge Filme und Vorträge zu sozialen Kämpfen weltweit. Außerdem Kneipenabend und veganes Essen.

Ort ist immer:

Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, Münster

KONTAKT

Basisgewerkschaft

FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER UNION

Lokalföderation Münsterland

c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote
Scharnhorststr. 57
48151 Münster

Telefon

0 251 / 5 389 797

Web

www.fau.org/muenster
www.fau-muensterland.de

Mail

muenster@fau.org